

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. a.

Älteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk. ohne Zuzug. — Einzelne Nummern 1 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsstelligen Nummern, ansehbare der Hauptmannschaft 4 Pf. im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 1/2 Pf. — Einzelne und Bekleben 1 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 169

Sonnabend den 22. Juli 1922

88. Jahrgang

Verliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Donnerstag abend 7 Uhr, der Glockenschlag war das Zeichen des Alarmbeginns, riefen die Feuerwehrhörer beide hiesige Feuerwehren zur Uebung. Als Angriffsobjekt war das Rathaus ausersehen. Binnen kurzer Zeit waren die Wehren zur Stelle, schon nach 9 Minuten konnte das erste Wasser gegeben werden. Gegen 8 Uhr rückten die Wehren wieder ein.

Großzügige Stiftung. Die Landwirte des Dippoldiswalder Bezirkes haben in der vor einigen Wochen stattgefundenen Versammlung des Sächsischen Landbundes, Bezirksverband Dippoldiswalde, auf Anregung des Amtshauptmanns Edler v. d. Planitz einstimmig beschlossen, den größten Teil der durch den Kommunalverband erzielten Ueberschüsse aus der leistungsfähigen Getreideumlage, und zwar einen Betrag von 2 Millionen Mark, einer rechtsfähigen Stiftung, die den Namen „Landwirtschaftliche Stiftung des Bezirksverbandes Dippoldiswalde“ trägt und unter Aufsicht eines Stiftungsvorstands bei der Bezirkskassa verwaltet wird, zuzuführen und damit ein großzügiges Hilfswerk für künftige schlechte Zeiten, die auch unserer Landwirtschaft nicht erspart bleiben werden, zu schaffen. Wie das Stiftungskapital der Landwirtschaft entstammt, so ist auch andererseits in der Stiftungsfassung, die jetzt die Genehmigung des Wirtschaftsministeriums gefunden hat, Vorsorge getroffen, daß im Wesentlichen nur Berufslandwirte unseres Bezirkes über die Verteilung der Stiftungserträge zu befinden haben. Kinder und Kindeskinde werden aber einst ihren Vorfahren danken, daß diese welschend in dieser umfassenden Weise für ihre Räte vorgesorgt haben.

Dippoldiswalde. Nächsten Montag, 24. Juli, hält von vormittags 8 Uhr ab der Bezirksobstbauverein einen Obst- und Gemüse-Einkaufsmarkt unter Leitung des Obstbau-Vanderelehrers in der Küche der Volksschule ab. Mitglieder des Vereins haben die Freilassung frei und die Möglichkeit, 3 Pfund Zucker zu billigen Preisen zu erhalten. Wir verweisen im übrigen auf das Inserat.

Wie wir schon einmal meldeten, bedarf es bei dem bisher schon erlaubnispflichtigen Groß- und Zwischenhandel mit Kartoffeln vom 1. August ab in allen Fällen, also auch dann, wenn die betreffenden Personen bisher schon die Handels-erlaubnis besaßen, sowohl zum Handel mit Kartoffeln als auch zum Ankauf solcher beim Erzeuger den unter Verbringung eines Lichtbildes des Antragstellers schriftlich bei der Amtshauptmannschaft nachzusuchenden besonderen Handels- und Ankaufserlaubnis der zuständigen Kreisshauptmannschaft. Befreit davon ist nur der Verkauf selbstgeernteter Kartoffeln, ferner der Kleinhändler für unmittelbar an Verbraucher abzugebende Kartoffeln.

Drohende Arbeitslosigkeit? Die sächsische Regierung hatte vor einiger Zeit eine Denkschrift ausgearbeitet, worin sie der Befürchtung Ausdruck gab, es sei wieder große Arbeitslosigkeit zu erwarten. Auf Veranlassung des Landtages befaßte sich die Dresdner Handelskammer mit der Denkschrift. Sie erklärte die Regierungsvorschläge teils für unzureichend, teils für bedenklich, teils für nicht den Kern der Sache treffend. Viel wichtiger als die Bekämpfung einer Folgeerscheinung der Krise sei es, ihren Eintritt möglichst zu verhindern und sie gegebenenfalls abzuwehren. Hauptaufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik sei es daher, die heimische Erzeugung anzuregen und zu verbilligen; daher fordert die Dresdner Handelskammer, daß alle gesetzlichen Maßnahmen, die Industrie und Handel gegenüber den ausländischen Wettbewerbern vorausbelasten, so schnell wie möglich abgebaut werden. Unverständlich sei der Kammer, wie das Arbeitsministerium im Gegensatz hierzu für gesetzliche Maßnahmen eintreten könne, die eine neue unerträgliche Belastung und Einengung des Unternehmertums bedeuten, wie Wiedereinführung bezw. Verschärfung der Bestimmungen über Kurzarbeit, der Stilllegungsverordnung und die Bevorzugung der Kohlenzuweisung an industrielle Werke. Die Kammer weist nachdrücklich darauf hin, daß derartige Maßnahmen nur zu sehr geeignet seien, den Eintritt der Krise zu beschleunigen, sie in bedenklichster Weise zu verschärfen und bei dem mit immer neuen Strafen bedrohten Arbeitgeber jeglichen Unternehmungsgeist zu lähmen. Entschiedenste Verwahrung muß die Kammer dagegen einlegen, daß, falls sich die Reichsregierung zum Erlaß der vorgeschlagenen Bestimmungen nicht entschließen sollte, gegebenenfalls die sächsische Regierung von sich aus entsprechende Verordnungen erlassen will. Im einzelnen kritisiert dann die Handelskammer noch eine ganze Anzahl der von der Regierung geplanten Maßnahmen als verfehlt und unzweckmäßig. Vor allem be-

dauerte man lebhaft, daß die Regierung vor Abschaffung ihrer Denkschrift einseitig nur die Arbeitnehmer, nicht aber die Arbeitgeber herangezogen habe.

— Heute vormittag gegen 1/10 Uhr ist das 4. Jahr alte Kind der Frau verw. Fiegert in der Altenberger Straße bei der Wolframdorfer Straße von einem Kraftwagen überfahren worden und ist an den erlittenen Verletzungen gestorben. Das Kind hatte mit noch einem anderen Kind an dem Geländer an der rechten Straßenseite gestanden und war plötzlich vor dem Wagen über die Straße gesprungen. Dem Führer war es nicht möglich gewesen, den Wagen zum Stehen zu bringen. Das rechte Vorderrad hatte das Kind erfaßt und einige Meter fortgeschleift. Der Besitzer und der Führer sind bis nach Aufnahme des Tatbestandes an der Unfallstelle geblieben.

— Am morgenden Sonnabend 1/11 Uhr vormittags findet in der Gastwirtschaft Eisteller in Hainsberg die 15. (außerordentliche) Genossenschaftsversammlung der Weiserthal-Genossenschaft statt. Tagesordnung: Satzungsänderung: Erhöhung des Preises des Wasserleitungswassers (10 der Sapung).

Kreischa. Auf Einladung des Bildhauer Hermann Pfeifer versammelten sich leghin eine größere Zahl hiesiger Hausbesitzer, um Stellung zu einem Zusammenschluß der Grundstücksbesitzer zu nehmen, der unbedingt nötig ist, um die Interessen des Grundeigentums gegenüber den Anforderungen des Reichsmietengesetzes zu wahren. Nach längerer Aussprache einigte man sich auf Zusammenschluß in dem bereits bestehenden, in den letzten Jahren aber ohne jede Tätigkeit gebliebenen Grund- und Hausbesitzerverein, die Erschienenen erklärten ausnahmslos ihren Beitritt zum Verein. Gutsbesitzer Kühne wird als Vorsitzender des Vereins zunächst die Geschäfte weiter erledigen und eine weitere Versammlung einberufen, in welcher Gemeindevorstand Rubenke einen Vortrag über das Reichsmietengesetz zu halten zugeht hat.

Lauenstein. Wie alljährlich findet auch dieses Jahr in unserem Luftkur- und Sommerfrischenort wiederum ein Markttag statt, und zwar am 28. d. M. Es beginnt bereits nachmittags 2 Uhr und ist mit einem reichhaltigen Programm und mannigfachen Darbietungen und Veranstaltungen versehen.

Geising. Festliche Tage stehen uns wieder bevor. Zunächst ist es eine musikalische Veranstaltung, zu der große Vorbereitungen getroffen werden und die uns aus dem Alltagsniveau erheben sollen. Am 5. und 6. August findet hier eine Johann-Ruhnau-Feier statt. Sie ist als eine Ehrung des großen Geisinger Musikers Johann Ruhnau gedacht, der am 6. April 1660 in Geising geboren ward und am 5. Juni 1722 als Thomaskantor zu Leipzig starb. Die Feier wird Sonnabend den 5. August mit einem musikalischen Familienabend in „Stadt Dresden“ eröffnet. Sonntag den 6. August folgt eine größere musikalische Veranstaltung in der hiesigen Stadtkirche.

Dresden. Am Montag fand in den Sälen des „Edorado“ eine sehr stark besuchte Versammlung der Gastronomen statt, welche sich mit der außerordentlichen Bierpreiserhöhung seitens der Brauereien befaßte. Da die hohen Bierpreise dazu angehen kelen, die Gastronombetriebe, welche ohnehin mit Steuern und Abgaben aller Art bis zum äußersten belastet sind, außerordentlich zu schädigen, so ging die Meinung der Versammlung dahin, den Verkauf von Bier überhaupt einzustellen. Es wurde aber zunächst beschlossen, weiter in Verhandlungen mit den Brauereien zu bleiben und das Resultat abzuwarten. Aus dem gleichen Grunde legte die Versammlung die Bierauschankpreise vorläufig unverbindlich fest, bis die Sachlage geklärt ist.

— Der Dresdner Aufklärungsausschuß betreffend die Kriegsschuldfrage erläßt einen Aufruf zum Volksentscheid zu der Forderung der Revision des Versailler Friedensvertrages. Es heißt in dem Aufruf: Nur eines könne helfen, die Revision des Diktates von Versailles vom Anfang bis zum Ende. Durch einen Volksentscheid müsse diese Forderung zur Tat werden. Es komme darauf an, das Millionen von Männern und Frauen durch ihre Unterschrift mutig ihre Ueberzeugung und die Forderung für die gute Sache und des ganzen Volkes gutes Recht zum Ausdruck bringen. Die Reichsregierung solle dann zu den entscheidenden Schritten des Volksentscheides veranlaßt werden. Nur so könne wieder Ruhe und Frieden in Deutschland und Europa werden.

— Generaloberst d'Elia ist am Donnerstag in Dresden verstorben.

Radeburg. Auswärtige Fortbildungsschüler haben künftig 100 M. Schulgeld zu entrichten.

Niederfeldh. Die Amtshauptmannschaft hat dem Beschlusse des Wohnungsausschusses, unter 25 Jahre alte Personen in die Liste nicht aufzunehmen, die Genehmigung erteilt. In öffentlicher Sitzung wurde festgestellt, daß alle Bemühungen des Ausschusses nichts helfen; sie seien nur „ein Tropfen auf einen heißen Stein“. Helfen könne nur reichliches Neubauen, was aber jetzt nicht möglich sei. (Also auch hier: Festgefahren!)

Niederfeldh. Zum Schulleiter wurde Schuldirektor Dähler wiedergewählt.

Copitz. In der üblichsten Weise ist der Copitzer Vogelwiese durch das Sturmwetter der letzten Tage mitgespielt worden. Es wurden Jelte abgedeckt und Verkaufsstände zerstört, so daß für die Fieranten großer Schaden entstanden ist. Seit langen Jahren war ein solches Vogelwiesen-Verhängnis nicht zu verzeichnen. Schnelle Ernte machte der Sturm auch in den Kirchenpflanzungen. Massenhaft wurden die Früchte von den Bäumen geschleudert.

Königsstein. Seit Sonntag verkehrt zwischen Stadt und Festung ein staatlicher Kraftwagen.

— Der Konsumverein von Königsstein u. Umg. erhöhte den Mitgliedsanteil von 50 auf 500 M.

Königsstein. Das Unterkunftsheim des Touristenvereins „Naturfreunde“ bietet nunmehr 160 Personen Uebernachtung. Geplant ist eine Erweiterung, sodas 300 Personen Unterkunfts finden sollen.

Stolpen. Die vom Verschönerungsverein aufgestellten Bänke und Tische wurden in letzter Zeit stark demoliert. (Also auch diese Rohheit, auf die nur die Prügelstrafe paßt.)

Kesselsdorf. Die Gemeinde Kesselsdorf hat die Einführung einer Jagdgewehrsteuer beschlossen. Für das Jagdgewehr jedes in der Gemeinde Kesselsdorf wohnhaften, die Jagd ausübenden Einwohners sollen jährlich 500 Mark erhoben werden. Die Erörterungen haben ergeben, daß nur 3 Besteuerte in Frage kommen würden. Abgesehen von dem hiernach sich ergebenden geringen Ertrag stellt sich die Steuer als eine Sonderbestimmung dar, die mit den Grundfäden des Gemeindesteuergesetzes nicht vereinbar ist. Auf Vorschlag wurde vom Bezirksausschusse die Genehmigung des von der Gemeinde hierüber aufgestellten Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung einstimmig verweigert.

Ostsch (Cauß). Ein eigenartiger Streik brach am Sonntag abend gelegentlich der Tanzmusik in „Stadt Dresden“ aus. Die Musiker forderten einen Preisausschlag. Bisher mußten 50 Pf. für die Tour bezahlt werden. Sie verlangten nun für drei Touren 2 M. Die Tänzer weigerten sich, diesen Ausschlag zu zahlen. Da alle Vermittlungsversuche des Wirtes ergebnislos blieben, packten die Musiker ihre Instrumente ein und verließen gegen 9 Uhr den gutbesuchten Saal.

Mühlbach bei Großenhain. Gelegentlich einer Haus-suchung bei dem hiesigen Wirtschaftsbesitzer M. Sch. wurde ein großes Diebeslager vorgefunden. Sch. stand schon lange in Verdacht, seinen Arbeitskollegen auf dem Staatsgut Mühlbach und von dem Gute selbst allerhand Gegenstände weggenommen zu haben. Es würden vorgefunden über 200 Säde, Rechen, Hacken, Ketten, Decken, Gabeln u. a. m.

Leipzig. Im Verlaufe des Streiks der Gastronomen stellen ist es in den letzten Tagen wiederholt zu Gewalttätigkeiten gekommen. Streikteilnehmer drangen in Betriebe ein, die von den Gastwirten mit ihren Angehörigen aufrecht erhalten werden. Es kam dabei verschiedentlich zu Sachbeschädigungen und Körperverletzungen. Am Dienstag abend kam es zu wüsten Ausschreitungen in Lindenau, besonders in dem Varietebetrieb „Drei Linden“ sowie im „Deutschen Haus“. In der Gastwirtschaft „Drei Linden“ wurde erheblicher Schaden angerichtet.

Leipzig. Der seit nunmehr 3 Wochen dauernde Streik im Gasthausgewerbe nimmt immer schärfere Formen an. Trupps junger Burschen durchziehen die Straßen und lärmten vor Gastwirtschaften, in denen sie Streikbrecher vermuten. So kam es vor dem Hotel Hanfa in der Lauchaer Straße zu einem Tumult und einer großen Menschenansammlung, die nur durch Einschreiten der Polizei zerstreut werden konnte. In der Gastwirtschaft Drei Rosen in der Magazingasse warfen junge Burschen die drei großen Fensterscheiben des Lokals ein und ergriffen dann die Flucht. Auch in dem Weinrestaurant von Kitzing & Helbig wurde nach einem Tumult eine der großen Fensterscheiben eingeworfen. Vor dem Thüringer Hof kam es ebenfalls zu Lärmjahren.

Lichtenstein-C. Am Montag abend zwischen 1/4 und 1/11 Uhr drangen drei maskierte Räuber in die Räume der hiesigen Obstweinschänke ein und riefen mit vorgehaltenen Revolvern dem Besitzer und seiner Familie, wie den Gästen,

die zu einer Geburtstagsfeier sich eingefunden hatten, „Hände hoch!“ zu; dann fesselten sie alle männlichen Personen und verlangten von ihnen Geld. Um es nicht zum Blutvergießen kommen zu lassen, ging der Besitzer mit zwei der Eindringlinge in das Obergeschloß und händigte ihnen etwa 5000 M. aus, während der andere Räuber die übrigen Anwesenden von Hilfsmitteln abhielt. Dann wurden auch die Gäste noch ausgeplündert. Hierauf verschwanden die Verbrecher in der Richtung nach Mülten St. Jacob. Die Abgelegenheit des Grundstücks begünstigte das räuberische Unternehmen.

Zwickau. An Stättelgelder von Wochenmärkten hat die Stadtverwaltung 150000 M. als Einnahme in den Haushaltsplan eingelegt und weitere 4000 M. von den Jahrmärkten und vom Christmarkt und Börsengebühren für feste Stände bei Jahrmärkten. An Uebererschuß verbleiben 90000 M.

Adorf. In der letzten öffentlichen Schulausschulzung wurde Lehrer Hessel mit 6 von 11 abgegebenen Stimmen zum Schulleiter gewählt. Schuldirektor Schulze, der bisherige Schulleiter, gab in der Sitzung eine lange Erklärung ab, in welcher er ausführte, daß das Amt des Schulleiters für ihn nichts Verlockendes habe, auch deshalb nicht, weil er sich in drei Jahren bereits wieder zur Wahl stellen müsse.

Wolkenstein. Der Stadgemeinderat verließ dem derzeitigen Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Kaufmann Frh. Herrmann den Amtsnamen „Städtischer Branddirektor“.

Der sehnlichste Wunsch unserer Nachbargemeinde Hilmersdorf, endlich ein eigenes Standesamt zu bekommen, scheint leider noch nicht in Erfüllung gehen zu sollen. Selbst der in dieser Angelegenheit in jüngster Zeit gefasste vorläufige Schritt bei der Kreishauptmannschaft hatte keinen Erfolg.

Lettschen. Die Ründigung der Herrschaft Binsdorf lief beim hiesigen Bezirksgericht ein. Die Herrschaft ist im Besitze der Familie Clary in Teplitz. Damit geht mit dem 1. Januar der herrliche Teil der böhmischen Schweiz (Edmundsflam, Rainwiese, Prebischtor) in die Hände des tschechoslowakischen Staates über.

Frondienste.

Infolge der langwierigen innerpolitischen Krise ist der Desinteressement ein Vorgang entgangen, der wegen seiner großen Bedeutung für Deutschland unsere größte Aufmerksamkeit verdient. Der französische Verkehrsminister Le Troquer hat nämlich Ende Juni der Pariser Kammer eine Denkschrift vorgelegt, die einen großen Bauplan für das gesamte französische Wasserstraßennetz und die Energieerzeugung enthält, unter Heranziehung deutscher Arbeiter zu diesen Arbeiten im Rahmen der Reparationsleistungen. Es sollen nämlich etwa 37000 deutsche Arbeiter unter der technischen Leitung französischer Ingenieure, aber unter organisatorischer Leitung deutscher Unternehmer einige Jahre lang an der Dordogne, an der Truyere, an der Rhone, in den Vogesen sowie an verschiedenen Kanälen arbeiten. Vor allem soll der Rhein-Rhone-Kanal ausgearbeitet werden. Für Frankreich geschieht diese Arbeit unentgeltlich, da Deutschland als Reparationsleistung die Arbeiter entlohnen und mit Lebensmitteln versehen muß. Die Arbeiter sollen gefordert von der Zivilbevölkerung untergebracht und militärisch überwacht werden. Ministerrat und Kammer haben diesen Bauplan gebilligt, und auch der Präsident der Reparationskommission, der Franzose Dubois, hat das Einverständnis dieser Kommission in Aussicht gestellt. Es ist also sehr wahrscheinlich damit zu rechnen, daß man die deutsche Regierung wieder einmal vor vollendete Tatsachen stellen und sie zur bedingungslosen Annahme dieses Planes zwingen will.

Wenn man diese in Aussicht genommenen Arbeiten einer wirtschaftlichen Würdigung unterzieht, so ergibt sich sofort, daß sie im Grunde genommen mit dem Wiederaufbau der zerstörten nordfranzösischen Gebiete in keinerlei Verbindung stehen. Die wahre Absicht des französischen Wirtschafts-Imperialismus geht dahin, die wirtschaftliche Bedeutung des Rheins nach Frankreich abzuleiten.

Die Franzosen sind dabei, im Elsaß dem Rhein das Wasser abzugraben, mit diesem Wasser Kraftwerke zur Lichterzeugung ganz Frankreichs zu betreiben und das französische Kanalnetz zu speisen. Durch den Ausbau des Rhein-Rhone-Kanals wird ein großer Verkehrsweg von der Nordsee, von Calais, Dünkirchen und Antwerpen über Straßburg nach dem Mittelmeer geschaffen. Der Bergbau des Saarreviers wird verkehrspolitisch nach Frankreich verlegt. Aus eigener Kraft würde Frankreich solche Pläne nicht verwirklichen können, dazu mißbraucht es fremde Arbeitskräfte; deutsche Fronarbeit soll ihm seine Träume erfüllen helfen, Deutschlands Arbeiter sollen die Totengräber der deutschen Zukunft werden.

Dieses Anfinnen muß und wird die deutsche Arbeiterschaft einmütig ablehnen. Sie hat sich wiederholt bereit erklärt, am Wiederaufbau des zerstörten Gebietes durch persönliche Arbeit mitzuwirken. Jedoch hat sie kein Verständnis für die Durchführung der französischen Kanalpläne auf Kosten der deutschen Arbeitskraft. Was Frankreich mit der deutschen Arbeitskraft will, hat mit dem Wiederaufbau nichts zu tun. Der Großschiffahrtsweg Bordeaux-Arles geht nicht durch das zerstörte Gebiet, ebensowenig der Weg Straßburg-Rhone.

Die deutsche Arbeiterschaft wird bei der Ablehnung der französischen Ausbeutungspläne nicht allein stehen. Die Mehrheit der französischen Kriegsgeschiedigten stehen dem Programm des Arbeitsministers feindselig gegenüber. Seit dem Friedensschluß haben sie die Regierung vergeblich um Entsendung von deutschen Arbeitskräften in das Kriegsgebiet gebeten, aber weder durch deutsche Arbeit noch durch deutsches Material haben Poincaré und seine Vorgänger den Wiederaufbau gefördert. Anstatt dessen hat jetzt der französische Wirtschaftsimperialismus einen Plan ausgedacht, der alle Wünsche der Geschädigten unbedacht läßt. Das Aktionskomitee der Einwohner des nordfranzösischen Kriegsgebietes hat daraufhin persönliche Vorstellungen bei Poincaré eingebracht und darauf ab-

drungen, daß auch bei dem nächsten Besuche die zerstörten Gebiete unbedingt den Vorrang haben.

Die Finanzkontrolle.

Zugewandte Deutsche.

Die Arbeiten der Reichsregierung mit der Garantiekommision sind vorläufig beendet und letztere ist inzwischen wieder in Paris eingetroffen. Neben das bisherige Ergebnis veröffentlicht die Reichsregierung eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Man hat sich darüber verständigt, daß die Vertreter des Garantiekomitees künftig durch das Reichsfinanzministerium nach näherer Vereinbarung regelmäßig Informationen über die Einnahmen und Ausgaben erhalten und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich über die einschlägigen Bestimmungen und ihre Anwendung fortlaufend zu unterrichten.“

Das Reichsfinanzministerium richtet einen zentralen beweglichen Kontrolldienst ein und wird dem Garantiekomitee die Möglichkeit geben, sich von Zeit zu Zeit von der Wirksamkeit dieses deutschen Kontrolldienstes zu überzeugen. Zu dem Untersuchungs- und Kapitalfluchtbehinderung wurden weitere Maßnahmen zur Vorsehrung gebracht, um die Kapitalflucht in den verschiedenen Formen, welche sie annehmen kann, zu treffen.

Das Garantiekomitee hat die Ergebnisse dieser Arbeiten in einem Memorandum zusammengefaßt, welches in einer Schlußsitzung am 18. Juli der deutschen Regierung überreicht wurde. Da keine Vereinbarung darüber festgestellt war, daß keine der in dem Memorandum vorgeschlagenen Maßnahmen die Souveränität des Deutschen Reiches antasten, den geordneten Gang der deutschen Verwaltung stören oder das Geheimnis der deutschen Steuerpflichtigen verletzen dürfe, hat die deutsche Regierung, vorbehaltlich einer schriftlichen Beantwortung, mitteilen lassen, daß sie dem Inhalt dieses Memorandums beitrete.“

Ein kurzer Zahlungsausschub?

Eine häufig gut unterrichtete Pariser Zeitung will wissen, daß die Reparationskommission beschloffen hat, Deutschland ein Moratorium von drei bis sechs Monaten für die Reparationsbarzahlungen zu gewähren. Eine Einigung über die genaue Dauer des Moratoriums ist noch nicht erzielt worden. Frankreich schlug drei Monate, England sechs Monate vor. Als Preis für ihre Zustimmung verlangt die französische Regierung eine strenge Finanzkontrolle der Alliierten in Deutschland, besonders über die Ausarbeitung der Finanzgesetze. Frankreich verlangt weiter die Auslieferung von Industriemitteln in der Gegend von Essen, doch sei darüber noch keine Einigung erzielt worden.

Der Steuerabzug vom Lohn.

Die Neuregelung ab 1. August.

Mit der Neuregelung der Tarife der Einkommensteuer, die der Reichstag kurz vor seinem Auseinandergehen beschloffen hat, ändert sich auch die Besteuerung, die bei dem Steuerabzug vom Lohn in Rechnung zu setzen sind.

Künftig ermäßigt sich dieser zehnprozentige Steuerabzug vom Arbeitslohn für den Steuerpflichtigen selbst und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau, falls der Arbeitslohn monatlich ausbezahlt wird, um je 40 Mark monatlich, bei wöchentlicher Zahlung um je 9,60 Mark wöchentlich, bei täglicher Lohnzahlung um je 1,60 Mark täglich und bei Zahlung für noch kürzere Zeiträume um je 40 Pfg. für je zwei angesehene oder volle Arbeitsstunden.

Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Kind — für Kinder über 17 Jahre, die ein selbständiges Arbeitseinkommen beziehen, jedoch nicht — um 80 Mark monatlich, bzw. 19,20 Mark wöchentlich, 3,20 Mark täglich oder um 80 Pfg. für je zwei Arbeitsstunden.

Als Abgeltung der Werbungskosten können ferner von dem Betrag der Werbungskosten 90 Mark monatlich bzw. 21,60 Mark wöchentlich, 3,60 Mark täglich oder 90 Pfg. für je zwei Stunden abgezogen werden.

Diese Ermäßigungen treten mit Wirkung vom 1. August ab in Kraft und zwar treten sie bei jeder Lohnzahlung für den in der Zeit nach dem 31. Juli 1922 gezahlten und nach dem 31. Juli 1922 fällig gewordenen Arbeitslohn ein.

Politische Rundschau.

Berlin, 21. Juli 1922.

— In Wien wurde die Interalliierte Oberkommission zu einer Tagung zusammengetreten, auf der die Oberstabschefs vereinbart werden soll.

— Der Studententag, dessen Abhaltung in Marburg vom Oberpräsidenten von Hessen-Nassau verboten wurde, ist nach Würzburg verlegt worden, wo er am 21. 7. stattfinden soll.

— **Erhöhte Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission.** Im Hinblick auf die letzten Waffenspende der Kontrollkommission in Kiel hat seit etwa einer Woche auf Grund besonderer Welfungen des Generalstabes wieder eine erhöhte Tätigkeit der Interalliierten Militärkommission eingesetzt. Die Kontrollen der Interalliierten Offiziere erstrecken sich in der Hauptsache auf Revisionen der Waffen- und Munitionsbestände sowie der Mannschaftsstärken bei den verschiedenen Truppenteilen des Reichsheeres.

— **Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.** Zwischen den Abgeordneten Marx, Dr. Stresemann und Petersen, den Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, wurden im Reichstag die Verhandlungen über die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien fortgesetzt. Die Besprechungen haben erneut die grundsätzliche Uebereinkunft der drei Parteien über die Bildung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft festgelegt. Die Verhandlungen wurden in dem Sinne geführt, daß die Arbeitsgemein-

schaft keinen reinigen Wegens gegen die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft schaffen, sondern vielmehr dazu beitragen soll, der deutschen Reichspolitik im Innern und nach außen Festigkeit und Stetigkeit zu verleihen. Die Deutsche Volkspartei trat ebenfalls für die Einbeziehung der Bayerischen Volkspartei ein und es bestand auch Einigkeit darüber, daß der Bayerischen Volkspartei der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft offen steht. Die Entscheidung steht dieser Partei selbst zu, die auf einem demnächst abzuhaltenden Parteitag darüber verhandeln will. Die Arbeitsgemeinschaft wird erst zur praktischen Ausarbeitung gelangen, sobald der Reichstag wieder versammelt sein wird. Die Beratung führte zur Festlegung einer gemeinschaftlichen Arbeitsgrundlage, die durch Veröffentlichung einer gemeinschaftlichen Erklärung der genannten Parteien bekräftigt werden soll.

— **Ausschluß aus der Deutschen Nationalen Volkspartei.** Der Reichstagsabgeordnete Henning hat bei der Parteilung der Deutschen Nationalen Volkspartei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, um gewisse gegen ihn schon seit langem erhobene Vorwürfe prüfen zu lassen. Der Untersuchungsausschub ist zu dem Ergebnis gelangt, daß gegen den Abgeordneten Henning nichts vorliegt, was ihn strafrechtlich belastet oder ehrenrührig ergäbe, daß aber die Art seiner politischen Betätigung den Interessen der Partei nicht entspricht. Die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand haben daraufhin die Erklärung abgegeben, daß ein weiteres Verbleiben Henning's in der deutschen Nationalen Volkspartei unerwünscht erscheint. — Von deutschnationaler Seite wird betont, daß die Zugehörigkeit des Abg. Henning zur deutschnationalen Bewegung mit den Grundsätzen, die zu seinem Ausscheiden aus der Fraktion geführt haben, nichts zu tun habe.

— **Bayern und das Schuggesetz.** Der bayerische Ministerrat hat den Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin v. Preger über die durch die endgültige Annahme der Schuggesetze geschaffene Lage entgegengenommen. Die eigentliche Grundlage der Bestimmung bildete ein vom bayerischen Justizministerium ausgearbeitetes staatsrechtliches Gutachten. Eine endgültige Beschlußfassung ist vor Ende der Woche nicht zu erwarten, da die Parteileitungen erst am Freitag in München tagen. Die Regierung ist bekräftigt, gegenüber der vollendeten Tatsache einen Weg des Ausgleichs zu finden, der dahinführt, daß Bayern sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stelle und bei der Ausführung der Gesetze im Rahmen des verfassungsmäßig Zulässigen den bayerischen Standpunkt zu wahren suchen wird.

— **Mihernte und Getreideumlage.** Der badische Landtag hat einen Zentrumsantrag angenommen, wonach die badische Regierung bei der Reichsregierung erneut dahin wirken soll, daß die von Baden verlangte Getreideumlage so herabgesetzt wird, wie es der diesjährige Saatenstand erfordert, der in manchen Landesteilen bei einzelnen Getreideforten einer Mihernte nahezu gleichkommt.

— **Die Eröffnung des „Saarparlaments“.** Bei der Eröffnungssitzung des Landesrats für das Saargebiet kam es zu erregten Szenen, da der Vorsitzende der Regierungskommission Hautt es ablehnte, die programmatifchen Erklärungen der politischen Parteien entgegenzunehmen. Zunächst brachte der von der Regierungskommission ernannte Präsident Kohnman die Vorschläge der Regierungskommission zur Besetzung, die von den Abgeordneten mit eigenem Schicksal ausgenommen wurde. Die Vorschläge brachten den Willen und die Bereitwilligkeit der Regierungskommission zur gedeihlichen Zusammenarbeit zum Ausdruck, umgrenzte jedoch die Befugnisse des Landesrates sehr scharf. Der Landesrat soll nur über solche Gegenstände beraten, die ihm von der Regierungskommission vorgelegt werden. In dieser Vorschläge verlangten die Fraktionen auch ihrerseits eine Erklärung abzugeben. Als dies jedoch der Präsident unter Hinweis auf die Vorschriften der Regierungskommission nicht zulassen wollte, entwickelte sich eine heftige Debatte, in welcher die Politik der Regierung scharf verurteilt wurde. Der Präsident vertagte schließlich die Sitzung, um sich inzwischen mit der Regierungskommission nochmals zu beraten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte er mit, daß die Kommission eine Verlesung der Erklärungen gestatten wollte, doch dürfe sich daran keine Debatte anschließen. Die Vertreter der Fraktionen verlasen darauf Erklärungen, die die bekannten Forderungen der einzelnen Fraktionen nochmals präzisierten und ihre Programme darlegten. Hieraus wurde die Eröffnungssitzung, die sofort den Charakter dieses sogenannten „Parlaments“ kennzeichnete, geschlossen.

— **Neues Zeitungsverbot.** Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat der Polizeipräsident von Berlin die von Eduard Stabter herausgegebene Zeitschrift „Gewissen“ auf die Dauer von sechs Monaten verboten. Veranlassung zu dem Verbot gab der Artikel „Das Urteil eines amerikanischen Republikaners“ über die scharfe Beschimpfung des Reichstanzlers und der Mitglieder der Regierung enthält.

— **Der Grenzort Hagerdorf im südböhmischen Burgenlande** wurde von ungarischen Truppen überfallen. Die Bundesstruppen wiesen nach zweitägigem Kampf die ungarischen Truppen zurück.

— **In Amsterdam** fand eine Konferenz der zweiten Internationalen und des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt, um über die Möglichkeit der Schaffung einer gemeinschaftlichen Front zum Schutze der deutschen Republik zu beraten.

— **Der Präsident der französischen Republik Millerand** hat dem General Verdun in Anerkennung seiner „großen Verdienste in Oberitalien“ das Ehrenkreuz der Ehrenlegion verliehen.

— **Der Direktor des Pariser Ausgleichsbureaus** hat für den 25. Juli die Direktoren der alliierten Ausgleichsbureaus nach Paris zu einer Konferenz eingeladen, um sich mit dem Erlaß der deutschen Regierung zu beschäftigen, die monatlichen Kaufzahlungen zu verringern.

— **Ein englisch-belgisches Konfessionsbündnis** hat der polnischen Regierung eine langfristige Anleihe von 2 Millionen Pfund Sterling zum Ankauf von Eisenbahnmaterial angeboten.

Die Mörder des Generals Wilson werden am 7. oder 8. August in London hingerichtet werden.

In der Grafschaft Galway des irischen Freistaates wurde ein Trauerzug von den Irregulären beschossen. Ein Bataillonskommandant der Regierungstruppen wurde dabei getötet.

Polen: Das Kabinett Korjant.

Nach mehrtägigen vergeblichen Versuchen hat nunmehr Korjant sein Kabinett mit Stürm und Krach aufgelöst. Der Staatschef Pilsudski beharrt auf seinem Rücktritt, falls Korjant seine Kandidatur für den Posten des Ministerpräsidenten aufrecht erhalte. Die Rechtsparteien des Sejm beharren jedoch auf der Person Korjants, dessen Name schon ein Kampfsprogramm ist. Die politische Lage ist infolgedessen sehr gespannt. Am Mittwoch fanden in Warschau große Demonstrationen der Arbeiter und der liberalen Parteien gegen die Kandidatur Korjants statt. Für die nächsten Tage ist der Generalstreik als Demonstration angelegt.

Italien: Sturz des Kabinetts Facta.

Die italienische Kammer hat mit 288 gegen 103 Stimmen eine Tagesordnung gegen die Regierung angenommen. Infolge der Abstimmung begab sich Ministerpräsident Facta zum König, um ihm den Rücktrittsbefehl des Kabinetts mitzutellen. Der König behielt sich die Entscheidung vor. — Der Sturz des Kabinetts Facta kommt nicht überraschend. Das Kabinett war im März d. J. auf das Kabinett Bonomi gefolgt, als Versöhnungskabinett, das sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Sozialisten und Faschisten, umfaßte. Der persönliche Erfolg, den Facta als Vorsitzender der Konferenz von Genoa errang, schien der Regierung eine längere Dauer zu versprechen. Bald aber nach der Konferenz hatte sich bei den maßgebenden Parteien soviel Unzufriedenheit gegen die Finanzpolitik, die äußere und namentlich die innere Politik des Kabinetts angeammelt, daß der Zerfall der Regierungskoalition unvermeidlich wurde. Innenpolitisch war es das neue Erwachen des Faschismus, das zu neuen Gewalttaten der extremen Nationalisten, zu Mord und Brand führte. Was dies trug dazu bei, daß die Regierung in eine verzweifelte Lage geriet und schließlich bei der entscheidenden Abstimmung fast die ganze Kammer gegen sich hatte. In den Verhandlungen der italienischen Kammer spricht man von einem Ministerium mit Orlando an der Spitze als Ministerpräsident.

Rußland: Todesurteil gegen einen russischen Erzbischof.

Der Prozeß gegen den Erzbischof Anatol in Reutsk, der beschuldigt war, mit Morden zur Bekämpfung der Revolution in Verbindung zu stehen, hat mit der Verurteilung des Erzbischofs zum Tode durch Erschießen geendet.

Anlieferung von Ederkschiffen.

Berlin, 20. Juli. Trotz aller Proteste der Reichsregierung hat der amerikanische Schiedsrichter entschieden, daß an Ederkschiffen noch abgegeben werden müssen: an die Tschechoslowakei 35 700 T. Kahnraum, 5685 PS. Schleppkraft sowie ein Liegeplatz in Döbeln; an Polen 40 700 Tonnen Kahnraum, 4890 PS. Schleppkraft sowie ein Liegeplatz in Küstrin.

Herabsetzung der Reparationsfönd?

Washington, 20. Juli. Hier ist ein Bericht eingetroffen und von verschiedenen Blättern veröffentlicht worden, wonach Großbritannien die Herabsetzung der Reparationen vorgeschlagen und gleichzeitig angeboten habe, auf die ihm geschuldeten Summen zu verzichten. Wäher ist dieser Bericht nicht bestätigt worden. Er hat aber die Aufmerksamkeit und die Zustimmung einiger der führenden Blätter hervorgerufen.

Um Sein oder Nichtsein!

Bern, 20. Juli. Der bekannte Bundesrat Schulthess sprach sich einem Journalisten gegenüber über den Zusammenbruch der deutschen Mark aus und sagte dabei u. a.: „Die Zeit ist gekommen, in der gehandelt werden muß. Wenn einmal die Mark die Krone eingeholt haben wird, ist es zu spät. Meinungsverschiedenheiten über das Vorgehen scheinen die Lösung zu verzögern. Wo es sich um das Schicksal ganzer Völker, ja der ganzen Welt, handelt, dürfen sekundäre Erwägungen nicht entscheidend sein. Es geht um Sein oder Nichtsein. Die maßgebenden Leiter der europäischen Politik werden sich sicherlich dieser Einsicht nicht verschließen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ Ferner erklärte er, daß Deutschland ganz unmöglich die geforderten 132 Milliarden Kriegsschulden bezahlen könne.

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Juli. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten gaben die Fraktionen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen ihren Zusammenschluß zu einer Arbeitsgemeinschaft bekannt. Die bürgerlichen Fraktionen werden sofort zu der durch den Zusammenschluß der beiden sozialistischen Fraktionen geschaffenen neuen Lage Stellung nehmen.

Erhöhte Weizenmehlpreise.

Mannheim, 20. Juli. Die Süddeutsche Mähdreschervereinigung hat mit Wirkung ab heute den Preis für Weizenmehl Spezial Nr. 0 um 50 Mark auf 3375 Mark für 100 Kilogramm mit Sack ab Mühle erhöht.

Korjant abgelehnt!

Warschau, 20. Juli. Die Kanzlei des Staatschefs Pilsudski veröffentlicht folgende interessante Erklärung: „Am 19. d. M. hat sich Abgeordneter Korjant zu einer Audienz beim Staatschef angemeldet und ihm die Liste des von ihm vorgeschlagenen Kabinetts vorgelegt. Es entspann sich eine kurze Aussprache, in deren Verlauf sich der Staatschef auf sein am 14. d. M. an den Präsidenten des Sejm gerichtetes Schreiben berief, in dem er erklärt hatte, er könne mit Korjant an der Bildung eines Kabinetts nicht mitwirken und kündigt seinen Rücktritt an. Bezüglich seines weiteren Vorgehens verweist der Staatschef Korjant an seine Auftraggeber.“

Englische Arbeiterpartei und Industrie.

London, 20. Juli. Der Gesundheitsminister Sir Alfred Mond hielt in Swansea eine Rede, in der er sagte, wenn die Arbeiterpartei an die Regierung käme, so würden Tags darauf alle Finanzoperationen der Banken aufhören. Es sei unbedingt notwendig, besonders in der gegenwärtigen höchst kritischen Zeit, daß sachkundige Leute mit den Finanz- und anderen Fragen zu tun hätten. Die Männer, die die Industrie ins Leben gerufen hätten, seien geeigneter, für die

Wiederrichtung des Landes zu sorgen, als die, die ihre meiste Zeit darauf verwendeten, die Industrien zu ruinieren.

Vollwirtschaft.

3. Weitere Vertiefung der Lebenshaltung. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts stieg auf 7030 im Durchschnitt Juni. Die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren erhöhten sich auf 6540, die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren auf 9479. Der Dollar erfuhr eine Höherbewertung um 9,4 Prozent. Dem entspricht die Preissteigerung der Einfuhrwaren um 10 Prozent, während die Inlandwaren um 8,5 Prozent anogen. Die stärkste Aufwärtsbewegung hat die Lebensmittelgruppe Fette, Fäder, Fleisch und Fische zu verzeichnen, die gegen Mai um 28,5 Prozent emporgeschritten ist.

3. Freie Kohlenausfuhr aus Oberschlesien. Die polnische Regierung hat die Ausfuhrbeschränkung für Kohle aus Oberschlesien und Mitpolen mit Wirkung vom 15. Juli vorläufig auf drei Monate aufgehoben. Angesichts der ungeheuren Kohlenknappheit, die zurzeit herrscht, ist dieser Beschluß von besonderer Bedeutung.

3. Die Elektro- und Maschinenmesse in Hamburg. Im Hamburger „Zoo“ wurde die dritte Elektro- und Maschinenmesse eröffnet. Die Ausstellung läßt übersichtlich erkennen, welche Entwicklung das Maschinenwesen und die Elektrotechnik in der letzten Zeit genommen haben. Das zur Schau gestellte Material mit seiner ungeheuren Vielseitigkeit fesselt nicht nur den Fachmann, sondern birgt sehr viel Interessantes für den Laien. Die Beteiligung war bereits am ersten Tage sehr reg.

3. Berlin, 20. Juli. (B. r. s.) Trotz der neuen Aufwärtsbewegung der Devisen hat sich die Nachfrage nach Wertpapieren nicht erheblich verstärkt. Die Furcht vor der Mark stieg zwar fort, aber das Geschäft bewegte sich wieder in engen Grenzen. Namentlich die Rundschaft befestigte sich nur wenig, da der Geldmangel sich nach wie vor recht fühlbar machte. Deutlicher war der Grund, daß höhere Preissteigerungen nur in seltenen Fällen zu verzeichnen waren. Inzwischen wurden die gestrigen Kurse meist überschritten.

Der Stand der Mark. Es folgen nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	20. 7.	19. 7.	1914
100 holländische Gulden	19675	19275	167.— M.
100 belgische Franken	—	3895	80.— „
100 dänische Kronen	10784	10661	112.— „
100 schwedische Kronen	12983	12803	112.— „
100 italienische Lire	—	2267	80.— „
1 englischer Pfund	2237	2197	20.— „
1 Dollar	498	489	4,23 „
100 französische Franken	—	4149	80.— „
100 schweizerische Franken	—	9388	80.— „
100 tschechische Kronen	1133	1115	— „

3. Berlin, 20. Juli. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen der Mittagsbörse für je 50 Kilo ab Station: Weizen Märkischer 1100, Schleißer 1146, Roggen Märkischer 870—855, Sommergerste 1060, Hafer Märkischer 1010, Sommererbsen 1000, Winterpomeraner 960—970, Mais La Plata 880—855, Weizenmehl (100 Kilo) 2900 bis 3150, Roggenmehl (100 Kilo) 2050—2250, Weizen- und Roggenkleie 700, Raps 1800—1900, Leinfaat 1825—1925, Viktoriaerbsen 1300—1350, Kleine Spelzgersten 1100 bis 1150, Futtererbsen, Belustken und Ackerbohnen 950—1000, Wicken 900—950, Lupinen blaue 650—700, gelbe 975 bis 1050, Rapskuchen 730—775, Reinkuchen 1100—1150, Vollwertige Futterfädel 680—740, Trodenfädel 620—630, Torfmehle 450—460, Heu und Stroh (Mischmehl) Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Drahtgerstes Roggen-, Weizen- und Haferstroh 200—220, bindfadenbreites Roggen- und Weizenstroh 185—205, Roggenlangstroh 190—215, gebündeltes Krummstroh 150—175, Stroh 240 bis 275, handelsübliches Heu 360—395, gutes Heu 395 bis 460 Mark.

Sport und Verkehr.

3. Die Reichsfahrt des A. D. A. G. 1922. Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club beabsichtigt, seine Reichsfahrt, die zum ersten Male im vorigen Oktober auf der Strecke Berlin—Heidelberg veranstaltet wurde, vom 12.—16. September ds. J. zu wiederholen. Die Strecke steht noch nicht fest. Die Abnahme der Fahrzeuge erfolgt am 12. September, die Tage vom 13. bis 16. werden durch Streckenfahrt und Sonderprüfungen in Anspruch genommen werden.

3. Die deutschen Geisteswissenschaften, die in Bad Nauheim ausgetragen wurden, erhielten durch die erstmalige Teilnahme der Fächer der „Deutschen Turnerschaft“ eine besondere Note. Im ganzen beharben

sich 86 Fächer um die drei Meistertitel, darunter 30 der „Deutschen Turnerschaft“. Neue Götzen traten nicht zutage. Casimir hatte sich wie im Vorjahre wieder zwei Meistertitel (Florett und Säbel), mußte seinen Titel aber in der Regenmeisterschaft an Halberstadt (Ossenbach) abgeben.

3. Die deutsche Hochschulleistungsmeisterschaft im Fußball. Im Endspiel um die Deutsche Hochschulleistungsmeisterschaft legte die Technische Hochschule Hannover gegen die Universität Köln mit 2:1 und ist damit Deutscher Hochschulleistungsmeister im Fußballsport geworden.

Gedenktage für den 21. Juli.

1718 Friede der Sparte mit Venedig und Kaiser Karl VI. zu Pöscharewas — 1763 Sieg Friedrichs des Großen über die Oesterreicher bei Barckersdorf — 1816 * Der Dichter Julius Storm in Altdorf († 1896) — 1856 * Der Maler Louis Corvin — 1913 † Der Geolog Hermann Credner in Leipzig (* 1841).

Gedenktage für den 22. Juli.

1781 * Der Astronom Fr. W. Bessel in Minden († 1846) — 1812 Sieg Wellingtons über die Franzosen bei Salamanca — 1873 * Der Staatsmann Karl Heffterich in Reusstadt a. S. — 1895 † Der Rechtslehrer und Politiker Rudolf v. Gneist in Berlin (* 1816) — 1909 † Der Dichter Detlev v. Liliencron in Alt-Nahstedt bei Hamburg (* 1844) — 1918 Verkündung der Republik Tunesien — 1920 † Der amerikanische Finanzmann William Vanderbilt in Paris.

Das Geheimnis von Dubschinka.

Arminroman von Erich Oberstein.

(8. Fortsetzung.)

Wahrscheinlich hat es ein Unglück dort gegeben, dachte der Maler. Da schlugen Worte an sein Ohr, die ihn jäh aus seiner Gleichgültigkeit rissen.

„So jung noch!“ jammerte ein altes Weib. „Und das schöne, blonde Haar! Ob sie wohl zufällig hineinfiel, oder ermordet wurde?“

„Es soll eine Fremde sein.“

Mehr hörte Lindemann nicht.

„Eine Fremde? Jung? Blondes Haar?“

Seine ausschließlich mit Helene beschäftigte Phantasie malte ihm ein fürchtbares Schreckbild vor. Wie wahnsinnig stürzte er den Deuten nach und packte den ersten besten Schutzmänn an der Brust.

„Was ist geschehen?“

„Man hat soeben den Leichnam einer jungen Frauensperson aus dem Wasser gezogen, mein Herr. Sie ist erdürgt worden. Wahrscheinlich hat man sie dann irgendwo ins Meer geworfen, und die Wellen spülten sie hier ans Land.“

„Weiß man, wer sie ist?“

„Nein. Aber man wird es wohl bald herausbekommen.“

„Kann ich die Tote sehen?“

„Gewiß. Vermissten Sie jemand?“

„Nein — das nicht — aber —“

„Hier bringt man sie, mein Herr. Wollen Sie näher treten, bitte. Play da, Deutel!“ er wies ein paar auszu zuegerige zurück und schob Lindemann bis dicht vor die Tragbahre, deren Träger vor ihm Halt machten.

„So, bitte. Wenn Sie die Tote vielleicht erkennen könnten.“

Lindemann hatte nur einen Blick auf das bleiche, gedunsene, von langem, blondem Haar umflossene Antlitz geworfen, als er taumelnd zurückwich.

„Harriet! Harriet Morgan!“ flammelte er leichenblau. „O Gott, wie ist das möglich! Wer kann das getan haben?“

„Sie kennen die Tote?“

„Ja. Sie ist eine Amerikanerin und ist erst gestern hier angekommen. Sie fuhr mit dem Dampfer, der nachts von Alexandria abgeht.“

„Dann kann es nur der heute um Mitternacht angelangte „Rebber“ sein, oder die „Seagull“.“

„Nein. Mit letzterer kam ich heute morgen an.“

„Wie Morgan fuhr einen halben Tag früher ab.“

„Sie sind verwandt mit der Dame oder stehen Sie sonst in näheren Beziehungen zu ihr?“

„Keines von beiden. Wir waren nur oberflächlich“

„...trafen uns aber in Kairo, und ich wußte, daß sie allein?“

„So viel ich weiß — ja.“

„Befügt sie Angehörige oder Freunde hier?“

„Ja — eine Schwester.“

Er hatte bisher mechanisch geantwortet. Jetzt fuhr er zusammen, als erwache er plötzlich.

„O Gott“, rief er erschüttert, „und die Schwester erwartet sie wahrscheinlich und ahnt nichts — man muß sie vorbereiten — ich muß zu ihr —“

„Wo wohnt die Dame?“

„Im d'Jtalia — lassen Sie mich zu ihr.“

„Sofort. Nur muß ich vorher um Ihren Namen und Ihre Adresse bitten, mein Herr!“

Lindemann gab seine Personalien und eilte dann hastig fort.

„Ist die Gräfin Roschwinsta zu Hause?“ fragte er den Portier, als er atemlos im Hotel anlangte.

„Ja. Ich glaube es wenigstens.“

„Wo logiert sie?“

„Erster Stock. Für fünfzehn bis achtzehn.“

„Danke!“

Zwei Stufen auf einmal nehmend, stürmte der Maler die Treppe hinauf. Im Gang stand er plötzlich vor Helene, die, zum Ausgehen bereit, mit Mary eben aus dem Zimmer trat.

„Gottlob, daß Sie da sind!“ rief er erleichtert.

„Schiden Sie das Kind zurück und kommen Sie bitte mit zur Gräfin. Ich muß sie sofort sprechen.“

Helene, deren Augen bei seinem Anblick aufgeschreckt hatten, erblähte jetzt und starrte ihn erschrocken an.

„Um Gotteswillen — ist etwas geschehen? Sie sehen so verstört aus!“

„Ja — ein Unglück — die Schwester der Gräfin ist — verunglückt. Aber, bitte, kommen Sie rasch. Die Gräfin muß unbedingt vorbereitet werden, ehe die Behörde —“

Helene war bereits wieder im Zimmer verschwunden. Nach zwei Minuten kam sie ohne das Kind und ohne Hut zurück.

„Ich werde Sie anmelden.“

„Ach, wozu, das kostet wieder Zeit! Es ist ja Mittag — führen Sie mich nur gleich in den Salon der Gräfin.“

Helene öffnete schweigend eine Tür. Die Gräfin stand am Fenster und blickte hinab auf die Piazza. Als sie die Tür gehen hörte, wandte sie sich um und starrte Lindemann starrunselnd an. Dann fragte sie, Helene ansehend, scharf: „Wer ist das? Wie können Sie mir da einen fremden Menschen hereinbringen, Fräulein?“

Ehe Helene antworten konnte, trat Lindemann vor.

„Verzeihen Sie, Frau Gräfin — mein Name ist Peter Lindemann. Ich glaube nicht, daß ich Ihnen so völlig fremd geworden bin!“

Die Gräfin erstarrte.

„Ach, Gordon — Lindemann — ja richtig — Sie malten mich ja einmal! Verzeihen Sie meine Vergeßlichkeit! Wenn ich nicht irre, wollten Sie mich kürzlich schon in Kairo auffuchen —“

„Allerdings. Indessen — —“
 „Mitte, nehmen Sie Platz. Damit kann ich Ihnen dienen?“
 Das war freundlich, aber kühl und mit leiser Verablassung gesprochen. Lindemann starrte sie ganz verblüfft an. Dann erinnerte er sich, daß keine Zeit zu verlieren sei, und sagte — nun ebenso kühl und förmlich:

(Fortsetzung folgt.)

Soziales.

Die Fortsetzung der Zukunftsbesprechungen. Bei der Bevölkerungsausschreibung des preussischen Landtages hat vor einigen Tagen die Seilschaft Hohenzoller besucht. Geheimrat Prof. Dr. Bier führte u. a. eine große Reihe von Patienten vor, die durch Sonnenbehandlung geheilt waren und die ausgezeichneten Erfolge dieser Methode bekräftigten. Insbesondere ließen die Ärzte erkennen, in wie hohem Grade durch diese Methode die Funktion und damit die Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt werden kann.

Ein Arzt unter Auflage schätzlicher Ehre. Am Juli vorigen Jahres kamen in einem Krankenhaus in Frankfurt a. M. zwei Todesfälle vor, die großes Aufsehen erregten. Zwei Frauen, die wegen unbedeutender Leiden eine Novokaineinspritzung erhielten, starben plötzlich. Die Folge war eine Anklage gegen den leitenden Arzt Dr. Maier und die Krankenschwester Rißmann. Die Verhandlungen fanden dieser Tage vor der Frankfurter Strafkammer statt. Sämtliche medizinischen Sachverständige verneinten eine Pflichtverletzung des Arztes. Ob eine Kokainvergiftung vorliege, konnten sie nicht mehr feststellen, ihre Wahrscheinlichkeit stellten sie aber nicht in Abrede. Über ein Kokaintod liege nicht vor, nur ein Sachverständiger hielt einen solchen für möglich, nachweisbar sei er aber nicht. Das Urteil lautet dementsprechend auf Freisprechung des Dr. Maier; das Verfahren gegen die Krankenschwester Rißmann wurde abgetrennt und vertagt.

Meine Nachrichten.

Von einer Augsburger und Westener Touristengruppe sind bei der Besichtigung der Zugspitze insamt fünf Teilnehmer erfroren. Ein Schneesturm hatte die Touristen überfallen und ihnen die Erreichung der Schutzhütte unmöglich gemacht.

Die Kurhausgesellschaft in Remel teilt mit, daß ein Teil der Angehörigen, der Groupiers und Chanciers, in den Streik getreten ist. Die Ausführenden wurden entlassen. Der Spielbetrieb geht leider trotzdem weiter.

Rechte Nachrichten

Für 20 Millionen Mark Jagdgewehre vernichtet. Auf Befehl der Entente-Kommission (I) erfolgt gegenwärtig in München die Zerstörung von 9000 Püschbüchsen. Diese Jagdgewehre stellen heute einen Wert von 20 Millionen Mark dar. Sie werden zerhackt, die Kolben zerhackt und als Brennholz verkauft, die Läufe durch Hammerschläge unbrauchbar gemacht und als Schrotelisen verkauft. Der Altmaterialwert dürfte nicht ganz 1 Million Mark betragen.

Feuerungskrawall in Bingen.

Mainz. Auf dem Binger Wochenmarkt kam es infolge der anstehenden Preise zu einem Feuerkrawall. Ein Lehrer wurde bei dem Verlaufe, die Tumultuanten zur Vernunft zu bringen, schwer mißhandelt. Erst der Polizei gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Wachsender bayerischer Widerstand.

München. Die bayerische Regierung erhält aus dem ganzen Lande fortgesetzt Kundgebungen, um sie in ihrem Widerstand gegen die beschlossenen Republik-Schutzgesetze zu bestärken. Die Landtagsauflösung wird ernstlich in Erwägung gezogen.

Worauf es ankommt.

Paris, 20. Juli. Die „Victoire“ führt in einem Artikel über die Mark-Katastrophe aus: Die Reparationskrise könne weder durch militärische, noch durch wirtschaftliche Methoden gelöst werden. Nur die Methode der Arrangements und Zugeständnisse könne in Frage kommen. Poincaré sei der geeignete Staatsmann für Anwendung dieser Mittel, da ihn niemand einer besonderen Vorliebe für Deutschland beschuldigen könne. Poincaré müsse die Lage schleunigt klären, ohne sich länger bei den Garantien und Pfändern aufzuhalten. Für diese werde schon von den Bankiers, die die internationale Anleihe ausgeben, gesorgt werden. Augenblicklich handle es sich darum, einen weiteren Marksturz und einen weiteren Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern.

Der Abschluß im Haag.

Haag, 20. Juli. Die Abreise der Russen ist vorläufig auf Freitag früh festgesetzt. Heute nachmittag findet die Schlußsitzung der nicht-russischen Kommission statt, es wird also überhaupt keine weitere Berührung mehr mit der russischen Kommission geben. Die Peinlichkeit des Schlußes der Konferenz wird allgemein empfunden, obgleich die Delegationen versuchen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Um das neue italienische Kabinett.

Rom, 21. Juli. Der Vorstand der katholischen Volkspartei hat gestern abend einen Beschluß gefaßt, in dem die Teilnahme der Sozialisten an der neuen Regierung vorläufig als unerwünscht bezeichnet wird.

Eine eigene bayerische Finanzverwaltung.

München, 21. Juli. Der Haushaltsausschuß des Landtages hat sich gestern dahin ausgesprochen, daß das Finanzministerium über die Einrichtung einer eigenen Finanzverwaltung dem Landtage zu Beginn der nächsten Session eine Vorlage unterbreiten soll.

Dr. Riebold
hält morgen Sonnabend
keine Sprechstunde.

Neue Kartoffeln, Zwiebeln billiger
Sr. Hamann.

3-ment-Stredungsmittel ist der bestens bewährte
Nettotalertras

Se tigeltisproben sowie Mischungsstabellen zur Verfügung.
Sofort lieferbar.
Martin Grahl, Ruppendorf.

Drucksachen für Gemeindebehörden druckt Carl Jehne.

Wettervorhersage.

23. Juli: Wolken, teils Sonne, warm, stichweis Gewitter, Regen.
 24. Juli: Veränderlich, ziemlich kühl.
 25. Juli: Veränderlich, unternormale Temperatur.
 26. Juli: Wenig verändert.
 27. Juli: Kaum verändert, meist trocken.
 28. Juli: Wolken, teils heiter, angenehm.
 29. Juli: Sonne, Wolken, angenehme Luft, stichweis Gewitter, Regen, Wind.

Kirchen-Nachrichten.

6. Sonntag nach Trinitatis, den 23. Juli 1922.
 Text: Römer 6, 3-11. — Lied: 233.
 Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei: Sup. Michael. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Rosen. 11 Uhr Gottesdienst im Wettinpark: Pfarrer Rosen.
 Hörsdorf. 1/2 9 Uhr Hauptgottesdienst; anschließend heiliges Abendmahl. 11 Uhr Kindergottesdienst. 1/2 2 Uhr für die Leihkonfirmierten.
 Heinersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.
 Schönfeld. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Kantor Pfeiffer.
 Jahnshaus. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.
 Rippdorf. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Fischer.
 Kreischa. Weihe der wiederhergestellten Orgel. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst. 3 Uhr Taufgottesdienst.
 Oelsa. 2 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Ell-Selersdorf.
 Pöschendorf. 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier: Pfarrer Vorwerk. 9 Uhr Predigtgottesdienst: derselbe.
 Reinhardtshaus. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Unterredung mit der konfirmierten weiblichen Jugend.
 Reichsdorf. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.
 Ruppendorf. 1/2 9 Uhr Lesegottesdienst.
 Sabisdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.
 Schellerhaus. 9 Uhr Predigtgottesdienst; anshl. Abendmahl. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst.
 Varenburg. 5 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle; anshl. Abendmahl.
 Schmiedeberg. 1/2 9 Uhr Abendmahlsfeier in der Sakristei. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst. — Pfarrer Friedrich.
 Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Unterredung mit der konfirmierten männlichen und weiblichen Jugend.

Katholischer Gottesdienst.

Varenburg. 1/2 10 Uhr Gottesdienst in der katholischen Kapelle.

Wapfingergemeinde Schmiedeberg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 9/10 Uhr Gottesdienst. 10/11 Uhr Sonntagsschule. 4/11 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7/11 Uhr Bibelstunde.



Vogelschieß-Sonntag
 23. Juli ist mein Geschäft bis 6 Uhr abends geöffnet!
Schirm-Reichel
 am Markt.

Unsere Geschäftsstelle wird vom 22. Juli ab
Sonnabends um 5 Uhr geschlossen.

Wir bitten ganz besonders die Zeitungen bis zu dieser Zeit abzuholen.
Geschäftsstelle der „Weißeritz-Zeitung“

Maurer
 werden angenommen.
Bau Spinnerei Gatzmannsdorf.
3 belgische Hengstfohlen
 (4 Monate alt)
und Haferstroh

gibt ab **Erbgericht Reinholdshain.**
 Schweizer-Sargen-
 Stangen-
 echt Hamburger-
 Allgäuer Weilstadt
 Camembert.
 Neue laure
 Neue Pfeffer.
 empfiehlt billigt:
Johs. Bemann
 Ad. Grahs Nachf.
 Freiburger Straße 234

Arnika Haaröl
Herm. Lommatzsch
 Drogerie z. Elefanten
 Dippoldiswalde

Gebirgs-Verein
Dippoldiswalde.
 Freitag den 28. Juli
 abends 1/2 9 Uhr
Hauptversammlung
 im Fremdenhof „Stadt Dresden“.
 Tagesordnung: Beschlußfassung über Fortführung oder Auflösung des Vereins, in letzterem Fall: Beschlußfassung über Verwendung des Vereinsvermögens. Der Heils. Vorstehende.
 Jehne sen.

Drucksachen
 besetzt Carl Jehne.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden
 am 21. Juli 1922.

Kauftrieb	Wertklassen	Preise für 50 kg im Markt	Bezugs- Gewicht
I. Rinder: A. Ochsen.			
2	1. Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	3100—3500	5825—6370
	2. Junge, fleischige, nicht ausgewachsene, ältere ausgewachsene	2700—3000	5200—5750
	3. Mäßig genährte Junge, gut genährte ältere	2100—2500	4175—4720
	4. Gering genährte (sch. Ältere B. Bullen)	1600—1900	4000—4475
II. Rinder: B. Kühe.			
1	1. Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes	3200—3400	5525—5870
	2. Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	2700—3000	4925—5470
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	2200—2500	4750—4970
	4. Gering genährte	1600—1900	3575—4275
III. Kühe- und Rälhe.			
5	1. Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes	3200—3500	5825—6350
	2. Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	2700—3000	5200—5700
	3. Weitere, ausgewachsene Rälhe und gut entwickelte jüngere Rälhe und Rälben	2200—2500	4900—5200
	4. Gut genährte Rälhe und mäßig genährte Rälben	1700—2000	4250—4900
	5. Mäßig und gering genährte Rälhe und gering genährte Rälben	1200—1500	3550—4200
IV. Schafe.			
529	1. Doppelländer	—	—
	2. Beste Mast- und Sauglämmer	3600—3800	5875—6175
	3. Mittlere Mast- und Sauglämmer	3300—3500	5500—5825
	4. Geringe Rälber	—	—
III. Schafe.			
15	1. Mastlämmer und jüngere Mastlämmer	3600—3700	7200—7400
	2. Ältere Mastlämmer	3200—3400	7100—7200
	3. Mäßig genährte Lämmer und Schafe (Wergschafe)	1800—2600	4750—6825
IV. Schweine.			
276	1. Vollfleischige der fetteren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	6800—6900	8800
	2. Fettfleischige	1900—2100	8000
	3. Fleischige	6500—6700	8800
	4. Gering entwickelte	1900—2300	8775
	5. Sauen und Eber	5000—6000	8150

828
 Ausnahmepreise über Notiz.
 Tendenz des Marktes: Rälber gut, Schweine langsam.

Zurnverein Dippoldiswalde (D. Z.)

Sonntag 23. Juli
 vormittags 8 Uhr Bezirksvortragsabend auf unserem Plage, mittags 1 Uhr Stellen zum Festzuge der pers. Schützengesellschaft auf der „Reichstane“.
 Zahlreicher Beteiligung steht entgegen der Zurnat.

Obst- und Gemüse-Einkoch-Kursus

ab, der bei einer zweistündigen Mittagspause voranschließlich bis abends 6 Uhr dauern wird. Die Teilnehmerinnen haben Einkochgläser und -Löpfe sowie Obst und Gemüse mitzubringen. Beteiligung für Mitglieder frei. Außerdem erhalten sie 3 Pfund Zucker zu 15 M. das Pfund. Angehörige von körperschaftlichen Mitgliedern, soweit sie nicht für ihre Person selbst die Mitgliedschaft des Vereins erworben haben, haben den Einkochzucker mitzubringen und zahlen 10 M. Kostenbeitrag. Lehrender erhebt sich bei anderen Nichtmitgliedern auf 15 M. Die Zulassung erfolgt nach der Reihenfolge der Meldungen, wobei die Mitglieder zunächst berücksichtigt werden. Die Anmeldung hat bis spätestens Sonntag den 23. d. M. mittags 12 Uhr bei Herrn Oberlehrer Eidner zu erfolgen. Neuanmeldungen von Mitgliedern nimmt Herr Kaufmann Gottschalk, Obertorplatz 147, entgegen. Jahresbeitrag 6 M.
 Dippoldiswalde, am 20. Juli 1922.
 o. d. Planitz, Vorsitzender.

Darlehns- u. Sparkassenverein Reichstädt (Sachsen)

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
Generalversammlung
 Sonnabend den 29. Juli 1922 abends 8 Uhr
 im Gasthof „zu den grünen Linden“ in Reichstädt.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über das letzte Geschäftsjahr.
 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
 3. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns.
 4. Bericht über die gesetzliche Revision.
 5. Wahl an Stelle der ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.
 6. Erhöhung des Gesamtanleihebetrages.
 7. Anträge. (Dieselben sind spätestens 4 Tage vor der Generalversammlung beim Vorstand einzureichen.)
 Jahresrechnung und Bilanz liegen beim Rechner zur Einsicht aus.
 Reichstädt, den 20. Juli 1922.
 Der Vorstand.
 Julius Zimmermann. Emil Zimmermann.

Verkauf von Schafen!

Wegen Auflösung der Schafhaltung verkaufe (auch im einzelnen)
 ca. 70 Stück Schafe
 und 2 Zuchtböde
 zur Zucht und Weltermast geeignet.
Freigut Hainsberg.
 Telephon Amt Freitag 173.

